

Ich kann den Eindruck nicht wegwischen, daß es hier darum geht, vor dem 1. Juli etwas durchzuziehen. Und ich meine doch: Wir sollten die Gesetze, die wir hier in diesem Hohem Haus beschlossen haben, schon in vollem Geist nutzen, auch wenn sie erst ab 1. Juli in Kraft treten.

(Beifall bei der SPD)

Sollen wir uns heute eine Entscheidung aufladen? Ich akzeptiere voll und ganz, daß die Energiesituation in unserem Land nicht rosig ist. Aber können wir, aus der Not heraus geboren, eine Entscheidung fällen, mit der wir uns für die nächsten Jahre alle Optionen nach hinten verschließen?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mit Bewunderung mußte ich feststellen, daß das Vorhaben bis zum heutigen Tag beim Amt gegen Wettbewerbsbeschränkung nicht angezeigt ist. Es ist also offiziell nicht angezeigt worden.

(Äußerungen des Erstaunens bei der SPD)

Wir haben im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung §§ 23, 24 beschlossen, daß solche Vorhaben angezeigt werden müssen. Bevor also hier Entscheidungen gefällt werden, sollten dringend die Institutionen, die wir nach dem 1. Juli gesetzlich verankert haben, auch jetzt schon ordentlich gefragt werden. Es kann nicht angehen, daß wir hier Entscheidungen fällen, wodurch mit der Länderbildung am Ende schon Kommunen in die Länder eingegliedert werden, die eigentlich schon keine Verfügungsgewalt mehr über ihre Verbundnetze haben. Wir sind nicht der Meinung, daß bei der Kommunalisierung nun alles bis ins kleinste kommunalisiert werden muß. Wir sind auch der Meinung, daß, wenn es kommunalisiert ist, der Weg zur Privatisierung offen gelassen werden muß.

(Zuruf: Selbstverständlich!)

Wir wollen, daß das am Ende auch noch privatisiert werden kann, aber zugunsten der Kommunen. Und es sollte doch bei dieser ganzen Überlegung ein Konsens gefunden werden, der dazu beiträgt, daß unsere Energiewirtschaft schnellstens saniert, effektiv gestaltet wird, daß wir aber keine Wettbewerbsbeschränkungen zulassen. Und ich verhehle hier in dem Hohen Hause nicht, daß das Vorhaben dieser drei Energieunternehmen hier in der DDR auch in der Bundesrepublik auf starken Widerstand stößt. Man sollte also diese Gelegenheit nutzen, auch andere Interessenten hier anzusprechen, um eventuell günstigere Konditionen für unser Land zu erreichen.

(Beifall, vor allem bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich betone nochmals, daß wir als Liberale keineswegs gegen den Kapitaleinfluß sind. Im Gegenteil, wir benötigen das ganz dringend. Und ich warne auch dieses Hohe Haus davor, Investoren, die hier investieren wollen, zu verjagen, mit Kleinigkeitskrämerei und dergleichen zu verschrecken. Aber hier geht es um ein grundsätzliches großes Problem, das nicht nur für unser Land von Bedeutung ist. Ich möchte Sie auch bitten, hier an die BRD zu denken. Ich betone noch einmal: Auch in der BRD gibt es ganz starke Bestrebungen gegen dieses Vorhaben. Auch das Bundeskartellamt hat hier schon seine Bedenken geäußert. Aber ich muß sagen, das Bundeskartellamt ist im Moment nicht berechtigt, hier Einschränkungen zu machen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Ich kann dem, was Sie sagen, nur immer wieder zustimmen. Ich wollte Sie am Ende Ihrer Ausführungen eigentlich fragen, ob das, was Sie hier sagen, nicht auch in Ihrem Interesse nicht von einem Regierungsvertreter geleistet werden kann, der im Auftrag der Treuhandgesellschaft hier mit diesen Unternehmen

verhandelt, sondern wäre das nicht in dem Interesse, wie wir versucht haben, das Treuhandgesetz abzuändern, daß all diese Interessen, die Sie jetzt genannt haben, unabhängig von der Regierung vertreten werden und die Erlöse und die Struktur Anpassung unter unternehmerischen Gesichtspunkten erfolgen und nicht über den Minister die Treuhand vertreten wird? Gehen Sie da mit?

Von Ryssel (Die Liberalen):

Herr Nooke, ich hatte eigentlich gesagt, daß ich hoffte, daß wir alle schon im Sinne und im Geiste der verabschiedeten Gesetze handeln, und damit würde ich dem zustimmen. Wenn wir hier schon im Sinne des Treuhandgesetzes gehandelt hätten, wäre das schon etwas anders gelaufen, meine ich.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich möchte hier nicht in sachliche Diskussionen über Aufteilung von Verbundnetzen, über Anteile und dergleichen eintreten. Hier ist schon genug gesagt worden. Ich appelliere noch einmal an die Verhandlungsführenden und an alle, die hier Verantwortung für die Zukunft unserer fünf Länder tragen, hier gewissenhaft und für die Zukunft zu entscheiden. - Danke schön.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Dörfler.

Dr. Dörfler für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Die Energiewirtschaft der DDR läßt sich in drei Punkten reißen: 1. Maßlose Energieverschwendung, 2. überalterte Techniken und Strukturen und 3. traurige Rekorde bezüglich der damit verbundenen Umweltbelastungen. Die DDR-Energiewirtschaft steht damit notgedrungen vor einem Modernisierungsprogramm, das international einmalig sein dürfte.

Das Ziel - und darin besteht sicher Einigkeit - soll eine sichere, kostengünstige und umweltschonende Energieversorgung sein. Hier stehen wir aber an einem Scheideweg, meine Damen und Herren: Entscheiden wir uns für eine zentralisierte und monopolisierte oder für eine überwiegend dezentrale und wettbewerbsgerechte Energiewirtschaft?

Die zentralisierten Strukturen - und diese kämen laut Vertrag in extremer Form auf uns zu - zeichnen sich aus durch wenige marktbestimmende Anbieter - im Extremfall kann es sich um Monopolstellungen handeln - sowie durch vorherrschende Großkraftwerke. Diese Großkraftwerke haben einen Wirkungsgrad von 30 bis maximal 40%. Das heißt, der größere Teil der Energie, die im Energieträger steckt, geht dabei in Form von Abwärme verloren. Diese Abwärme fällt in riesigen, oft nicht nutzbaren Mengen an, da große Entfernungen zwischen Energieerzeuger und Energieverbraucher bestehen. Hier liegt das ökologische Dilemma dieser Großstrukturen.

Auch wenn es gelänge, Anlagen zur Entstaubung, Entschwefelung und Entstickung in allen Kraftwerken zu installieren - es bleiben der hohe CO₂-Ausstoß und damit das Treibhausproblem, der hohe Anteil ungenutzter Abwärme und die Verschwendung endlicher Energieträger. In absehbarer Zeit werden aber zwangsläufig auf uns zukommen: 1. CO₂-Steuern und 2. Abwärmegaben.

Eine dezentrale Energiewirtschaft - diese Variante erfährt derzeit eine besondere Förderung in Großbritannien, Holland und Dänemark - ist gekennzeichnet durch eine hohe Flexibilität, durch eine Vielfalt gleichberechtigter Anbieter, darunter kommunale und industrielle Energieerzeuger, und ist weiter dadurch gekennzeichnet, daß Energieerzeugung und Energiever-